

## **Niederschrift**

### **über die Tarifverhandlungen zum ATV und zum Ergänzungstarifvertrag (Bund) zum ATV am 28. Januar 2016 in Berlin**

#### **I. Teilnehmer**

Die Teilnehmer ergeben sich aus den beigefügten Anwesenheitslisten  
(Anlage 1).

#### **II. Besprechungsergebnis**

1. Die Tarifvertragsparteien stimmen darin überein, die Erhebung eines zusätzlichen Arbeitnehmerbeitrags zur Umlage (Abrechnungsverband West) und eines zusätzlichen Arbeitnehmerbeitrags zur Kapitaldeckung (Abrechnungsverband Ost/Beitrag) entsprechend dem Ergänzungstarifvertrag zum ATV der TdL vom 28. März 2015 mit der Maßgabe zu vereinbaren, dass die jeweiligen Erhebungstermine um ein Jahr nach hinten verschoben werden und damit in § 37 Abs. 1 bzw. § 37a Abs. 1 ATV des Entwurfs jeweils 1. Juli 2016, 1. Juli 2017 und 1. Juli 2018 lauten. Demzufolge besteht Einvernehmen über die als Anlage 1 beigefügten Tarifvertragstexte.
2. Die Tarifvertragsparteien stimmen darin überein, für die Beschäftigten des Bundes als Sonderregelung zu § 20 (Jahressonderzahlung TVöD) zu vereinbaren, die Bemessungssätze der Jahressonderzahlung für Beschäftigte des Tarifgebietes Ost gemäß der als Anlage 2 beigefügten Tabelle beginnend ab 2016 schrittweise auf die Bemessungssätze des § 20 Absatz 2 TVöD anzupassen.
3. Die Einigung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Hausleitungen des BMF und des BMI sowie der Zustimmung durch die Gremien von verdi und dbb.

4. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Änderungsvertrags zum ATV und des Ergänzungstarifvertrags (Bund) zum ATV wird in der Lohnrunde 2016 vereinbart.
5. Durch die Tarifeinigung zwischen der TdL, ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion wurde für die vereinbarten zusätzlichen Arbeitnehmerbeiträge zur Umlage im Abrechnungsverband West ein Sondervermögen gebildet. Die Tarifvertragsparteien stimmen darin überein, dass die zusätzlichen Arbeitnehmerbeiträge zur Umlage im Abrechnungsverband West aus Ziffer 1. in dieses Sondervermögen einfließen sollen. Hierzu und wegen des gemeinsamen Zieles, ein einheitliches Sondervermögen möglichst für alle Beteiligten des Abrechnungsverbandes West zu erreichen, wird der Bund an die TdL herantreten, um mit dieser das Benehmen herbeizuführen.

Berlin, den 28. Januar 2016

Bund

ver.di

dbb beamtenbund und tarifunion

**Änderungstarifvertrag Nr. xx**

vom ..... 2016

**zum Tarifvertrag  
über die betriebliche Altersversorgung  
der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes  
(Tarifvertrag Altersversorgung – ATV)**

vom 1. März 2002

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch das Bundesministerium des Innern,

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstandes,

der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,  
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

.....

andererseits

wird Folgendes vereinbart:

**§ 1**  
**Änderung des ATV**

Der Tarifvertrag über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Tarifvertrag Altersversorgung - ATV) vom 1. März 2002, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. xx vom .... wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach der Angabe zu § 38a folgende Angabe eingefügt:

„§ 38b Sonderregelung für den Bund“

2. Nach § 38a wird folgender § 38b eingefügt:

**„§ 38b**  
**Sonderregelung für den Bund**

Dieser Tarifvertrag gilt mit den Maßgaben des Ergänzungstarifvertrages des Bundes zum Tarifvertrag über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Ergänzungstarifvertrag zum ATV) vom .... 2016.“

**§ 2**  
**Inkrafttreten**

Dieser Tarifvertrag tritt am ..... in Kraft.

Berlin, den .....

Für .....

**Ergänzungstarifvertrag Bund  
zum Tarifvertrag  
über die betriebliche Altersversorgung  
der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes  
(Ergänzungstarifvertrag Bund zum ATV)**

vom .....

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch das Bundesministerium des Innern,

einerseits

und

.....

andererseits

wird Folgendes vereinbart:

**Präambel**

<sup>1</sup>Die Veränderungen zentraler Rahmenbedingungen (Lebenserwartung, Niedrigzinsphase) des 2001 im ATV vereinbarten Betriebsrentenmodells machen Anpassungen im Recht der Zusatzversorgung erforderlich. <sup>2</sup>Diese Anpassungen können auf der Leistungsseite und/oder der Finanzierungsseite des Punktemodells erfolgen. <sup>3</sup>Mit den nachstehend vereinbarten Maßgaben zum ATV werden Anpassungen allein auf der Finanzierungsseite vorgenommen, die Leistungsseite der Zusatzversorgung bleibt unverändert. <sup>4</sup>Damit bekennen sich die Tarifvertragsparteien zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes auf hohem Niveau. Die Parteien wollen den mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 28. März 2015 abgeschlossenen Tarifvertrag über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weitestgehend inhaltsgleich für den Bereich des Bundes übernehmen, um so eine einheitliche Regelung der Rechtsverhältnisse der bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versicherten Beschäftigten von Bund und Ländern zu erreichen.

## **§ 1 Geltungsbereich**

Dieser Tarifvertrag gilt für die Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und Auszubildenden (Beschäftigte) des Bundes, die im Bereich des Bundes unter den Geltungsbereich des § 1 ATV fallen und die bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) pflichtversichert sind.

## **§ 2 Maßgaben zum ATV**

Es gelten die folgenden Maßgaben zum ATV:

### **Nr. 1 Maßgaben zur Finanzierungsseite für die VBL**

1. § 37 Absatz 1 ATV einschließlich der Protokollnotiz hierzu gilt in folgender Fassung:

„(1) <sup>1</sup>Zu § 16 Abs. 1: Bei Pflichtversicherten, für die der Umlagesatz des Abrechnungsverbandes West der VBL maßgebend ist, beträgt der Umlage-Beitrag 1,41 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. <sup>2</sup>Neben dem Umlage-Beitrag nach Satz 1 wird von diesen Beschäftigten ein zusätzlicher Arbeitnehmerbeitrag zur Umlage erhoben in Höhe von

- 0,2 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ab 1. Juli 2016,
- 0,3 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ab 1. Juli 2017 und
- 0,4 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ab 1. Juli 2018.

<sup>3</sup>Der zusätzliche Arbeitnehmerbeitrag zur Umlage nach Satz 2 dient der Finanzierung von Mehrkosten aufgrund der Veränderung der biometrischen Risiken (Richttafeln Heubeck 1998, derzeit VBL 2010G); er wird zunächst in einem Sondervermögen des Abrechnungsverbandes West der VBL angespart.

<sup>4</sup>Die Arbeitgeber im Abrechnungsverband West der VBL tragen entsprechend dem periodischen Bedarf im Umlageverfahren eine Umlage von 6,45 v. H. bis zu 6,85 v. H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte.

<sup>5</sup>Für die Finanzierung der sich aufgrund der veränderten biometrischen Risikoverhältnisse im Abrechnungsverband West der VBL ergebenden Mehrkosten gilt folgendes Verfahren:

- a) Die Mehrkosten aufgrund der veränderten biometrischen Risikoverhältnisse im Sinne von Satz 3 werden für den jeweiligen Deckungsabschnitt pauschal ermittelt, indem auf die sich für die einzelnen Kalenderjahre des Deckungsabschnitts ergebenden Rentenausgaben der sich aus der Anlage zum Ergänzungstarifvertrag Bund zum ATV vom ..... jeweils ergebende Vomhundertsatz angewandt wird.

- b) Die Hälfte der sich nach Buchstabe a ergebenden Mehrkosten in dem jeweiligen Deckungsabschnitt wird durch eine Entnahme aus dem Sondervermögen nach Satz 3 finanziert; die aus dem Sondervermögen hierzu entnommenen Mittel sind dem jeweiligen Arbeitgeber bzw. seiner Arbeitgebergruppe in dem Verhältnis zuzurechnen, in dem das Sondervermögen von deren Beschäftigten aufgebaut wurde.
- c) Die andere Hälfte der sich nach Buchstabe a ergebenden Mehrkosten, höchstens jedoch 0,4 v. H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte, wird von den Arbeitgebern im Rahmen der Festsetzung des Finanzierungsaufwandes für den jeweiligen Deckungsabschnitt getragen.
- d) Die Anwendung der Buchstaben a bis c im jeweiligen Deckungsabschnitt setzt einen Umlagesatz in diesem Deckungsabschnitt von mindestens 7,86 v.H. voraus.

Protokollnotizen zu Absatz 1:

- 1. Eine Entnahme aus dem Sondervermögen erfolgt erst ab 2023.
- 2. Über die Frage der Finanzierung der durch die neuen Startgutschriften entstehenden Mehrkosten werden die Tarifvertragsparteien entscheiden, wenn das derzeitige von den Arbeitgebern zu tragende Finanzierungsvolumen (Umlage-/Sanierungsgeldsätze) bei der VBL (Abrechnungsverband West) nicht ausreichen sollte.

2. § 37a Absatz 1 ATV gilt in folgender Fassung:

„(1)<sup>1</sup>Bei Pflichtversicherten, für die der Umlagesatz des Abrechnungsverbandes Ost der VBL maßgebend ist, beträgt der Arbeitnehmerbeitrag zur Pflichtversicherung 2,0 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.<sup>2</sup>Dieser Arbeitnehmerbeitrag zur Kapitaldeckung erhöht sich wie folgt:  
 - ab 1. Juli 2016 auf 2,75 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts,  
 - ab 1. Juli 2017 auf 3,5 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts und  
 - ab 1. Juli 2018 auf 4,25 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.  
<sup>3</sup>Der Arbeitgeberbeitrag im Kapitaldeckungsverfahren der VBL-Ost beträgt 2,0 v.H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. <sup>4</sup>Im Umlageverfahren tragen die Arbeitgeber im Abrechnungsverband Ost der VBL entsprechend dem periodischen Bedarf eine Umlage von 1,00 v. H. bis zu 3,25 v. H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Mit dieser Umlage werden auch die Leistungen aus der Kapitaldeckung finanziert, soweit die Entnahmen aus der Kapitaldeckung dazu nicht ausreichen (Mischfinanzierung).“

3. Zu § 37a Absatz 3 ATV gilt folgende Protokollnotiz:

„Protokollnotiz zu den Absätzen 2 und 3:

In den Fällen der Absätze 2 und 3 wird als Arbeitnehmerbeitrag ein Beitrag von 2,0 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts zugrunde gelegt.“

## Nr. 2 Maßgaben zur Leistungsseite

1. <sup>1</sup>Die Anpassungen an die veränderten Rahmenbedingungen erfolgen ausschließlich auf der Finanzierungsseite, die zusätzlichen Finanzierungsmittel nach den Nummern 1 und 2 führen nicht zu zusätzlichen Leistungen. <sup>2</sup>Die bisherigen und die künftigen Ansprüche (Startgutschriften, Anwartschaften aus dem Punktemodell, Anwartschaftsdynamik und Renten) bleiben der Höhe nach unverändert, es ergeben sich keine Verschlechterungen und keine Verbesserungen; insbesondere werden die künftigen Anwartschaften und Überschüsse weiterhin entsprechend der Altersfaktorentabelle nach § 8 Absatz 3 ATV und auf der Basis eines Beitrags von 4,0 v. H. berechnet, ungeachtet des zugrundeliegenden Finanzierungsverfahrens (Umlagefinanzierung, Kapitaldeckung, Mischfinanzierung) und ungeachtet der tatsächlichen Umlage-/Beitragshöhe.

2. Entsprechend Ziffer 1 gilt § 19 Absatz 1 Satz 5 in folgender Fassung:

„<sup>5</sup>Soweit eine Kapitaldeckung vorhanden ist, werden dabei das Vermögen und die tatsächlich erzielten Kapitalerträge nur veranschlagt, soweit sie auf Beitragsleistungen von bis zu 4,0 v. H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte entfallen.“

3. Entsprechend Ziffer 1 wird dem § 19 ATV folgende Protokollnotiz angefügt:

„Protokollnotiz:

Die Tarifvertragsparteien gehen davon aus, dass wegen der unverändert hohen Mindestverzinsung zumindest mittelfristig weiterhin keine Ausschüttung von Bonuspunkten für die seit 2001 im Punktemodell erworbenen Anwartschaften und die Startgutschriften erfolgen wird.“

4. Entsprechend Ziffer 1 wird dem § 33 ATV folgende Protokollnotiz angefügt:

„Protokollnotiz zu Absatz 7:

Die Tarifvertragsparteien gehen davon aus, dass wegen der unverändert hohen Mindestverzinsung zumindest mittelfristig weiterhin keine Ausschüttung von Bonuspunkten für die seit 2001 im Punktemodell erworbenen Anwartschaften und die Startgutschriften erfolgen wird.“

5. Entsprechend Ziffer 1 wird dem § 37a Absatz 1 ATV in der Fassung von § 2 Nummer 1 Ziffer 2 dieses Tarifvertrages folgende Protokollnotiz angefügt:

„Protokollnotiz zu Absatz 1:

Solange wegen der aktuellen Niedrigzinsphase tatsächlich ein Beitrag von über 8,0 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts zur Finanzierung der Leistungen des Punktemodells im Rahmen der Kapitaldeckung erforderlich ist, wirkt sich der zusätzliche Arbeitnehmerbeitrag nach Absatz 1 Satz 2 nicht auf den sofort unverfallbaren Teil der Anwartschaften aus.“



### **Nr. 3 Weitere Maßgaben zum ATV**

1. § 40 Absatz 2 gilt in folgender Fassung:

„Dieser Tarifvertrag kann jederzeit schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende gekündigt werden, frühestens jedoch zum 31. Dezember 2024.“

2. § 40 Absatz 4 gilt in folgender Fassung:

„Soweit vorstehend bzw. im Ergänzungstarifvertrag zum ATV vom 28. März 2015 und ..... 2016 keine Regelung getroffen ist, findet der als Anlage 5 beigefügte Altersvorsorgeplan 2001 vom 13. November 2001 mit seinen Anlagen Anwendung.“

### **§ 3 Umsetzung in der Satzung der VBL**

Die Einzelheiten einer entsprechenden Umsetzung der Regelungen zu § 2 in der Satzung der VBL regelt die VBL eigenständig. Hierbei ist sicherzustellen, dass der Finanzierungsaufwand der übrigen Beteiligten nicht berührt wird.

### **§ 4 Regelmäßige Überprüfung**

Die Tarifvertragsparteien werden die Angemessenheit der vereinbarten paritätischen Finanzierungsregelungen im Hinblick auf die dieser Vereinbarung zugrunde liegenden Rahmenbedingungen (Lebenserwartung und Niedrigzinsphase [Auswertungen von AONHewitt im Schreiben vom 7. Januar 2015]) regelmäßig überprüfen.

Insbesondere werden die Tarifvertragsparteien rechtzeitig eine Fortschreibung der Tabelle aus der Anlage zu diesem Tarifvertrag über das Jahr 2054 hinaus vereinbaren.

### **§ 5 Inkrafttreten**

- (1) Dieser Tarifvertrag tritt am .....in Kraft..
- (2) Dieser Tarifvertrag kann jederzeit schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende gekündigt werden, frühestens jedoch zum 30. Juni 2026.

Berlin, den .....

Für .....

### Anlage zum Ergänzungstarifvertrag Bund zum ATV vom .....

Auf der Grundlage der Berechnungen von AONHewitt im Schreiben vom 7. Januar 2015 werden die Mehrkosten aufgrund der veränderten biometrischen Verhältnisse pauschal ermittelt, indem jeweils folgender Vomhundertsatz auf die Rentenausgaben angewandt wird, die sich in dem Kalenderjahr unter Berücksichtigung der tatsächlichen biometrischen Risikoverhältnisse voraussichtlich ergeben werden:

Kalenderjahr	Anteil der Mehrkosten aufgrund der veränderten biometrischen Verhältnisse an den voraussichtlichen tatsächlichen Rentenausgaben in v. H.
2023	4,77
2024	5,34
2025	5,93
2026	6,51
2027	7,06
2028	7,63
2029	8,16
2030	8,67
2031	9,17
2032	9,63
2033	10,10
2034	10,57
2035	11,08
2036	11,59
2037	12,14
2038	12,67
2039	13,12
2040	13,62
2041	14,06
2042	14,47
2043	14,86
2044	15,21
2045	15,49
2046	15,75
2047	15,99
2048	16,17
2049	16,30
2050	16,42
2051	16,48
2052	16,52
2053	16,59
ab 2054	16,60

**Niederschriftserklärung zum Ergänzungstarifvertrag Bund zum ATV vom**

.....

1. Die Tarifvertragsparteien werden auf ihre Vertreter in den Gremien der VBL hinwirken, in der Satzung Regelungen zu beschließen, nach denen
  - a) die zusätzlichen Finanzierungsmittel nach diesem Tarifvertrag bei der Finanzierung künftiger Leistungen allein den Arbeitgebern und Beschäftigten des Bundes zugerechnet werden sowie solchen Arbeitgebern und Beschäftigten, die aufgrund vertraglicher Bezugnahme oder aus sonstigen Gründen entsprechend verfahren und
  - b) in der VBL-Satzung die Regelungen nach § 37 Absatz 1 ATV in der Fassung des § 2 Nr. 1 Ziff. 1 Satz 5 Buchst. a bis c begrenzt werden auf die Arbeitgeber, von deren Beschäftigten ein Zusatzbeitrag nach § 37 Absatz 1 ATV in der Fassung des § 2 Nr. 1 Ziff. 1 Satz 2 erhoben wird.
2. Mit Zustimmung der jeweils betroffenen Arbeitgeber (TdL, Bund, VKA) können die Gremien der VBL eine arbeitgeber- und beschäftigtenübergreifende Zusammenfassung der zusätzlichen Finanzierungsmittel beschließen.